

Grünliberale Partei Schweiz
[Monbijoustrasse.30.3011.Bern](https://www.grunliberale.ch/monbijoustrasse.30.3011.bern)

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
3003 Bern

Per E-Mail an: info.ab@seco.admin.ch

1. März 2023

Ihr Kontakt: Noëmi Emmenegger, Geschäftsführerin der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Pa. Iv. 16.442 Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen sollen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für den Vorentwurf und den erläuternden Bericht zur parlamentarischen Initiative 16.442 «Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen sollen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein».

Es gibt einen seit Jahren stetig wachsenden Handlungsbedarf beim unzeitgemässen Arbeitsgesetz. Der gesetzliche Rahmen entspricht vielerorts nicht mehr der gelebten – und gebilligten – Realität. Die Grünliberalen fordern daher mehr Rechtssicherheit für Arbeitgebende und dass Arbeitnehmende selbstbestimmter und damit auch flexibler arbeiten können. Letzteres entspricht auch einer Forderung des Politlabors der Grünliberalen (Policy Brief «Arbeitswelt 4.0», 2017).

Besonders akut ist die Situation unter anderem bei Start-ups und neu gegründeten Unternehmen. Sie bewegen sich in einem anspruchsvollen und dynamischen Umfeld. Die Grünliberalen begrüssen darum die Vorlage, die der Problematik gerade in diesem Bereich Rechnung trägt und die Rahmenbedingungen punktuell stärkt. Die neu gegründeten Unternehmen brauchen eine grössere Flexibilität in ihrem Rechtsrahmen, um sich gegen nationale und internationale Konkurrenz und langfristig auf dem Markt behaupten zu können. Die klassische Arbeitszeiterfassung deckt derzeit nicht die Bedürfnisse von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden ab. Häufig beteiligen und identifizieren sich Mitarbeitende stark mit den jungen Unternehmen. Das heutige Arbeitsgesetz schränkt dabei insbesondere Mitarbeitende ohne Kaderfunktion stark ein. Die vorgeschlagene Beschränkung auf Unternehmen in ihren ersten fünf Betriebsjahren schützt dabei vor Missbrauch durch etablierte Unternehmen.

Leider fokussiert der Minderheitsantrag Aeschi auf den Dienstleistungssektor und lässt einen substanziellen Teil der Arbeitnehmenden aussen vor, bspw. Start-ups aus dem Med- und Cleantech-Bereich, weshalb wir diesen ablehnen.

Ebenfalls lehnen die Grünliberalen den Minderheitsantrag Feller ab. Es ist unabdingbar, dass die Gesundheit der Arbeitnehmenden weiterhin gewahrt bleibt. Gestützt auf arbeitsmedizinische Erkenntnisse müssen angemessene Massnahmen auch für die jungen Unternehmen aufrechterhalten werden. Die Grünliberalen sind überzeugt, dass sich eine grössere Flexibilität positiv auf die Zufriedenheit und das Wohlbefinden der Arbeitnehmenden auswirken. Wenn aber das berufliche Engagement in eine gesundheitsschädigende Selbstausbeutung umschlägt, muss rasch und wirksam eingegriffen werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen. Bei Fragen stehen Ihnen die Unterzeichnenden gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Noëmi Emmenegger
Geschäftsführerin der Bundeshausfraktion

